

<b>Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO</b>	
Eingang:	<b>09.03.2022</b>
Antragsnr.:	<b>049/2022</b>
Verteiler:	<b>OBM, BM, Fraktionen</b>
Zust. Referat:	<b>VI/61</b>
mit Referat:	

**erlanger linke**  
 Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 09.03.2022

## Verbot der Nutzung fossiler Energieträger in Bebauungsplänen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Erlanger Stadtrat hat am 16.12.2020 beschlossen, eine Pflicht zur Installation von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden (solare Baupflicht) in neue und geänderte Bebauungspläne einzubringen. Das war ein wichtiger Teilschritt im Konzept „Erlangen klimaneutral bis 2030“.

Inzwischen hat sich die Situation geradezu dramatisch zugespitzt:

Der neueste Statusbericht des Weltklimarates malt die Zukunftsperspektiven noch düsterer als bisher und mahnt eine noch schnellere Gangart bei Maßnahmen gegen den Klimawandel an. Zitiert nach [1].

Deshalb stellen wir den **Antrag**, in neue und geänderte Bebauungspläne zusätzlich ein Verbot der Nutzung fossiler Energieträger aufzunehmen.

Das niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz befürwortet ein solches Verbot und hat als Hilfsmittel für die niedersächsischen Kommunen eine ausführliche Handreichung (mit Beispielformulierungen) ausgearbeitet. Diese findet man unter

[https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/downloads/FaktenpapiereLeitfaeden/2022-01-05\\_Musterfestsetzung\\_Verbot-fossile-Brennstoffe.pdf?m=1641986229&](https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/downloads/FaktenpapiereLeitfaeden/2022-01-05_Musterfestsetzung_Verbot-fossile-Brennstoffe.pdf?m=1641986229&) .

Wir gehen davon aus, dass durch die Nutzung dieses Hilfsmittels die Verwaltung kurzfristig in der Lage sein wird, eine diesbezügliche Beschlussvorlage in die städtischen Gremien einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei  
 (Stadträtin)

Johannes Pöhlmann  
 (Stadtrat)

[1] <https://www.deutschlandfunk.de/ipcc-weltklimarat-bericht-100.html> , 28.02.2022.